

## EU-Informationen der HSS- Verbindungsstelle Brüssel

**Oktober 2009**

Dr. Ekkehard Rohrer / Christian Forstner / Miriam Greif

### **Ausgewählte Vorgänge auf europäischer und internationaler Ebene vom 19. bis zum 25. Oktober 2009**

#### **I. Institutionelle Angelegenheiten**

##### **Einlenken des tschechischen Staatspräsidenten bei Lissabon-Vertrag**

Nach Presseberichten hat Staatspräsident Vaclav Klaus am 23.10. den Vorschlag Schwedens für eine Fußnote zum EU-Vertrag positiv bewertet. Durch diese Fußnote soll klar gestellt werden, dass vertriebene Sudetendeutsche nicht unter Berufung auf die Grundrechtscharta des Reformvertrags die Rückgabe ihres Besitzes verlangen können.

##### **Ministerpräsident Öttinger wird neuer deutscher EU-Kommissar**

Staatsminister Wolfgang Reinhart bestätigte am 24.10., dass die Bundeskanzlerin und CDU-Vorsitzende Angela Merkel den derzeitigen Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg als Nachfolger von Kommissionsvizepräsident Verheugen vorgeschlagen habe. Die derzeitige EU-Kommission ist bis 31.10. in Amt, wird aber bis zur Bestellung der neuen Kommission die laufenden Geschäfte wahrnehmen.

[http://www.nzz.ch/nachrichten/international/oettinger\\_eu-kommissar\\_deutschland\\_1.3918073.html](http://www.nzz.ch/nachrichten/international/oettinger_eu-kommissar_deutschland_1.3918073.html)

##### **EP fordert Kompetenz für Europäischen Diplomatischen Dienst**

Die Abgeordneten bestehen darauf, dass der geplante Europäische Auswärtige Dienst Teil des Aufbaus der Kommission sein und durch den EU-Haushalt finanziert werden muss. Dadurch würde der EAD der demokratischen Überprüfung des EP unterliegen.

[http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress\\_page/001-62946-292-10-43-901-20091021IPR62945-19-10-2009-2009-false/default\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/001-62946-292-10-43-901-20091021IPR62945-19-10-2009-2009-false/default_de.htm)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2009-0057+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

##### **Kommission erzielt Fortschritte beim Bürokratieabbau**

Insgesamt sollen die von der Kommission vorgeschlagenen und in Vorbereitung befindlichen Maßnahmen die Kosten in Höhe von 123,8 Mrd. EUR, die den Unternehmen im Zusammenhang mit 72 EU-Rechtsakten sowie den Maßnahmen zu ihrer Umsetzung und Durchführung in den Mitgliedstaaten entstehen, um etwa 40,4 Mrd. EUR senken. Durch die bereits angenommenen Maßnahmen zum Abbau der Verwaltungskosten lassen sich 7,6 Mrd. EUR einsparen. Die Vorschläge der Kommission, die noch auf die Annahme durch das Europäische Parlament und den Rat warten, würden weitere 30,7 Mrd. EUR Einsparungen bewirken. Es wird an zusätzlichen Sparvorschlägen gearbeitet, durch die sich die Belastung um mindestens weitere 2,1 Mrd. EUR senken ließe.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1562&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/474&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

### **Kommission hat Einstellungsziele für neue Mitgliedstaaten erfüllt**

Bis 01.09.09 sind 3776 Bedienstete aus den 10 im Jahre 2004 beigetretenen Ländern (EU10) und 846 aus Bulgarien und Rumänien rekrutiert worden. Dies entspricht 107.6% des EU-10-Einstellungsziels für 2004–10 und 99.5% des Ziels für Bulgarien und Rumänien für 2007-2009. Es müsse aber noch die relativ hohe Zahl von Zeitangestellten allmählich durch Beamte ersetzt werden. Zu achten sei auch auf geografische Ausgewogenheit und auch Fortschritte bei der Übernahme von Positionen mit mehr Verantwortung.

[http://ec.europa.eu/commission\\_barroso/kallas/doc/recruitment\\_from\\_new\\_member\\_states20\\_10\\_09\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/commission_barroso/kallas/doc/recruitment_from_new_member_states20_10_09_en.pdf)

### **Keine Entschließung zur Informationsfreiheit in Italien**

Keiner der neun Entschließungsanträge zur Informationsfreiheit in Italien und anderen EU-Ländern fand eine Mehrheit bei der Abstimmung im Plenum am 21.10. Das Europäische Parlament hatte am 08.10. eine Debatte zu dem Thema in Brüssel abgehalten.

[http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress\\_page/017-62798-292-10-43-902-20091020IPR62797-19-10-2009-2009-false/default\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/017-62798-292-10-43-902-20091020IPR62797-19-10-2009-2009-false/default_de.htm)

## **II. Internationales und Entwicklungspolitik**

### **a) Internationales und Außenhandel**

#### **EP erwartet von Gipfel EU-USA mehr transatlantische Zusammenarbeit**

Vom Gipfeltreffen am 02./03.11. in Washington erwarten die Abgeordneten mehr Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen, bei der Finanzaufsicht und beim Klimaschutz. Ferner soll bis 2015 ein transatlantischer Markt verwirklicht werden.

[http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress\\_page/030-62956-292-10-43-903-20091021IPR62955-19-10-2009-2009-false/default\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/030-62956-292-10-43-903-20091021IPR62955-19-10-2009-2009-false/default_de.htm)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2009-0058+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

#### **EU plant Aushandlung eines neuen Abkommens mit Moldau**

Am 19.10. erklärte der schwedische Außenminister Carl Bildt die Bereitschaft der EU zur Aufnahme von Verhandlungen über ein neues Abkommen mit Moldau. Die Erklärung erfolgte im Rahmen des Besuchs der EU-Ministertrioika in Chisinau. Das neue Abkommen soll das bestehende Partnerschafts- und Kooperationsabkommen aus dem Jahr 1998 ersetzen und inhaltlich ergänzen. Der Kommission wurde bereits ein Verhandlungsmandat erteilt und die Verhandlungen werden in Kürze anlaufen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1539&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

#### **Beendigung der Militäroperation EUFOR Tschad/RCA**

Der Rat beschloss eine Gemeinsame Aktion zur Aufhebung der Gemeinsamen Aktion 2007/677/GASP über die militärische Operation der Europäischen Union in der Republik Tschad und der Zentralafrikanischen Republik

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st13/st13528.de09.pdf>

#### **Einfuhrbeschränkungen nach Unfall von Tschernobyl werden fortgeführt**

Der Rat verlängerte die Geltungsdauer der Verordnung (EG) Nr. 733/2008 über die Einfuhrbedingungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse mit Ursprung in Drittländern nach dem Unfall im Kernkraftwerk Tschernobyl um 10 Jahre bis 31.03.2020, da in den besonders belasteten Gebieten immer noch die Radioaktivitätshöchstgrenzen überschritten würden. Nach wissenschaftlichen Erkenntnissen sei die Dauer der Caesium-137-Kontamination nach dem Unfall von Tschernobyl bei einer Reihe von Erzeugnissen, die von in Wäldern und bewaldeten Gebieten lebenden bzw. wachsenden Arten stammen, im Wesentlichen von der Halbwertszeit

dieses Radionuklids (30 Jahre) abhängig. Die Einhaltung der Grenzwerte bei Erzeugnissen, die für die menschliche Ernährung bestimmt sind, muss von den Mitgliedstaaten kontrolliert werden.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/jha/110759.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/110759.pdf) (Council Justice)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st13/st13606.de09.pdf>

## **b) Entwicklungspolitik**

### **EU für globale Partnerschaft für Landwirtschaft und Ernährungssicherheit**

Die Europäische Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten stellen fest, dass sich die Preise für Agrarrohstoffe in vielen Entwicklungsländern im Vergleich zu der Zeit bis 2005 auf einem relativ hohen Niveau bewegen. Die Zahl der hungernden und unterernährten Menschen habe um 150 Millionen zugenommen, so dass inzwischen weltweit mehr als eine Milliarde Menschen Hunger leiden. Eine Aufstockung der Mittel für die Landwirtschaft allein genüge nicht. Erforderlich sei ein integriertes Vorgehen in sämtlichen Bereichen der Politik. Eine wichtige Rolle komme dem multilateralen System zu. In diesem Zusammenhang befürwortet der Rat die laufende institutionelle Reform der Welternährungsorganisation (FAO). Vom Welternährungsgipfel, der vom 16.-18.11. in Rom statt findet, erwartet die EU, dass die globale Partnerschaft für Landwirtschaft und Ernährungssicherheit ins Leben gerufen wird.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/agricult/110614.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/110614.pdf) (Council Agriculture)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st12/st12481.de09.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st12/st12481-co01.de09.pdf>

### **Beobachterstatus für Südafrika und Äquatorialguinea in AKP-Gremien**

Der Rat billigte entsprechende Schreiben an die Präsidenten der beiden Länder. Der Beobachterstatus in den gemeinsamen Institutionen der AKP-Länder kann in dem Moment gewährt werden, in dem ein Land um Beitritt zum AKP-EU-Abkommen ersucht.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/agricult/110614.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/110614.pdf) (Council Agriculture)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st14/st14288.de09.pdf> (Äquatorialguinea)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st14/st14290.de09.pdf> (Südafrika)

### **Effizienzgewinne durch europäisches Entwicklungshilfe-Konzept**

Die im Rahmen der Europäischen Entwicklungstage in Stockholm veröffentlichte Studie zur Wirksamkeit der Entwicklungshilfe und den Vorteilen eines Europäischen Konzepts („Aid Effectiveness: benefits of a European Approach“) zeigt, dass die europäischen Geber durch eine bessere Zusammenarbeit jährlich Effizienzgewinne in Höhe von mehreren Milliarden Euro erzielen könnten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1571&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **EP für effektivere Unterstützung von Demokratie und Rechtstaatlichkeit**

Nach Auffassung der Abgeordneten wäre ein konsistenterer Ansatz beim Aufbau demokratischer Institutionen in Drittstaaten effektiver. Dieser müsse auch die Armutsbekämpfung einschließen.

[http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress\\_page/028-62954-292-10-43-903-20091021IPR62953-19-10-2009-2009-false/default\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/028-62954-292-10-43-903-20091021IPR62953-19-10-2009-2009-false/default_de.htm)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2009-0056+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

### **Neun von zehn Europäern befürworten Entwicklungshilfe**

Im Vorfeld der 4. Europäischen Entwicklungstage zeigen die Ergebnisse des Eurobarometer Spezial „Entwicklungshilfe in Zeiten der Wirtschaftskrise“, dass trotz der Auswirkungen der Krise auf Europa die öffentliche Unterstützung für die Entwicklungshilfe immer noch groß ist.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1540&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

[http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb\\_special\\_en.htm](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb_special_en.htm)

[http://ec.europa.eu/development/index\\_en.cfm](http://ec.europa.eu/development/index_en.cfm)

### **III. Arbeit und Gesundheit**

#### **a) Arbeit**

##### **Elternurlaub verkürzt nicht Rechte bei Kündigung durch Arbeitgeber**

Wie von Generalanwältin Juliane Kokott in ihren Schlussanträgen vorgeschlagen, entschied der Europäische Gerichtshof, dass im Falle einer Vollzeit angestellten belgischen Arbeitnehmerin, die während eines Elternurlaubs teilzeitbeschäftigt war, die Abfindung im Falle einer Auflösung des Arbeitsverhältnisses sich nach einem Vollzeitgehalt richten muss. Andernfalls könnten Arbeitnehmer davon abgehalten werden, Elternurlaub zu nehmen. Umgekehrt könnten Arbeitgeber angehalten werden, im Elternurlaub befindliche bevorzugt zu entlassen. Anzumerken ist, dass nach deutschem Recht während des Elternurlaubs Kündigungsschutz besteht, der allerdings im Falle einer Insolvenz nicht greift.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2009-10/cp090093de.pdf> (PM EuGH)

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=rechercher&numaff=C-116/08>  
(Urteil)

##### **EU-Hilfen für ehemalige Nokia-Mitarbeiter in Nordrhein-Westfalen**

Das Parlament hat am 20.10. rund 5,6 Mio. Euro aus dem Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung für Nordrhein-Westfalen bewilligt. Dort haben 1337 Mitarbeiter ihre Jobs verloren, als Nokia die Produktion von Handys nach Asien und Südamerika verlagerte.

[http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress\\_page/034-62717-292-10-43-905-20091019IPR62716-19-10-2009-2009-false/default\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/034-62717-292-10-43-905-20091019IPR62716-19-10-2009-2009-false/default_de.htm)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2009-0049+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

#### **b) Gesundheit**

##### **Kommission geht gegen gesundheitliche Ungleichheiten in der EU vor**

Die Kommission hat am 20.10. eine Mitteilung zum Abbau gesundheitlicher Ungleichheit in der EU vorgelegt, die auf Unterschiede bei der Lebenserwartung zum Zeitpunkt der Geburt von bis zu acht Jahre für Frauen und vierzehn Jahre für Männer in den einzelnen Mitgliedstaaten verweist. Faktoren seien Einkommen, Bildung, Lebens- und Arbeitsbedingungen, gesundheitliches Verhalten und Zugang zur Gesundheitsversorgung. Die Initiative der Kommission umfasse Maßnahmen zur Verbesserung der Kenntnisse in diesem Bereich, bessere Überwachung und Datenerhebung und ziele auf eine klarere Einschätzung dessen ab, was die EU durch politische Maßnahmen tun und wie sie besser mit Ländern, Regionen und anderen Akteuren zusammenarbeiten könne.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1550&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

[http://ec.europa.eu/health/ph\\_determinants/socio\\_economics/socio\\_economics\\_en.htm](http://ec.europa.eu/health/ph_determinants/socio_economics/socio_economics_en.htm)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/467&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=fr>

## **IV. Ernährung, Landwirtschaft und Fischerei**

### **a) Ernährung und Landwirtschaft**

#### **1. Weitere Hilfsmaßnahmen für Milchbauern**

Beim Treffen der EU-Landwirtschaftsminister am 19.10. stellte Agrarkommissarin Fischer Boel ein Hilfspaket über 280 Mio. EUR für 2010 in Aussicht. Ministerin Aigner rechnet für die deutschen Bauern mit einem Anteil von etwa 50 Mio. EUR. Das Europäische Parlament erhöhte das Hilfspaket bei der ersten Lesung des Haushalts auf 300 Mio. Die EU-Finanzminister werden hierüber am 19.11. befinden. Für den 28.10. kündigte die Kommissarin einen Beschluss der Kommission über die Erhöhung des nationalen Beihilferahmens für Landwirte auf bis zu 15 000 Euro je Betrieb an; diese Regelung soll bis Ende 2010 gelten.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/agricult/110614.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/110614.pdf) (Council Agriculture)

[http://www.bundesregierung.de/nr\\_1272/Content/DE/Artikel/2009/10/2009-10-19-eu-milch.html](http://www.bundesregierung.de/nr_1272/Content/DE/Artikel/2009/10/2009-10-19-eu-milch.html) (PM Aigner)

[http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr\\_releases/8793\\_de.htm](http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/8793_de.htm)

#### **Vermarktungsnormen für frisches Geflügelfleisch präzisiert**

Um Wettbewerbsverzerrungen zwischen frischem Geflügelfleisch und Zubereitungen aus frischem Geflügelfleisch zu vermeiden, weiteten die EU-Agrarminister am 19.10. den Grundsatz, auf dem die Begriffsbestimmung für frisches Geflügelfleisch beruht, auf Zubereitungen aus frischem Geflügelfleisch aus. Dies bedeutet, dass „frische“ Erzeugnisse nicht aus gefrorenem oder tiefgefrorenem Geflügelfleisch hergestellt sein dürfen.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st09/st09214.de09.pdf>

#### **Kommission kann drei neue Genmaissorten zulassen**

Wie erwartet erzielten die EU-Agrarminister auf ihrer Ratstagung am 19.10. keine qualifizierte Mehrheit für oder gegen die Kommissionsvorschläge zur Zulassung der Genmaissorten MON88017, MON 89034 und 59122xNK603. Die Kommission kann damit diese Maissorten in eigener Verantwortung für den Import zur Weiterverarbeitung oder als Lebens- und Futtermittel zulassen. Eine Genehmigung für den Anbau ist damit nicht verbunden.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/agricult/110614.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/110614.pdf) (Council Agriculture)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st12/st12961.de09.pdf> (MON 88017)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st13/st13202.de09.pdf> (MON 89034)

#### **Kommission übermittelt Rat neuen Vorschlag für Genmais**

Da die Mitgliedstaaten im Ständigen Ausschuss für die Nahrungsmittelkette und die Tiergesundheit keine qualifizierte Mehrheit für oder gegen den Vorschlag aufbrachten, wird der Antrag von Syngenta bezüglich des Genmais MIR604 nunmehr dem Rat vorgelegt. Beantragt ist der Import für Zwecke der Weiterverarbeitung sowie der Nahrungs- und Futtermittelherstellung. Die Europäische Nahrungsmittelbehörde (EFSA) hatte eine positive Stellungnahme abgegeben. Wenn der Rat ebenfalls zu keinem Beschluss kommt, obliegt der Kommission die Entscheidung über die Zulassung. [http://ec.europa.eu/food/food/biotechnology/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/food/food/biotechnology/index_en.htm)

#### **Interventionszeitraum für Milchprodukte bis 28.02.10 verlängert**

Der Rat verabschiedete am 19.10. eine Verordnung zur Verlängerung der Interventionszeiträume 2009 und 2010 für Butter und Magermilchpulver bis 28.02.10.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st13/st13399.de09.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st13/st13399-co01.de09.pdf>

#### **Lage auf dem Milchmarkt bessert sich- zusätzliche Maßnahmen abgelehnt**

Nach dem Quartalsbericht der Kommission zum Milchmarkt, der am 19.10. im Rat vorgestellt worden ist, stieg der durchschnittliche Literpreis für Rohmilch seit seinem Tiefpunkt von 24 Cent im Mai auf 26 Cent im August; Deutschland liegt mit 22 Cent und Österreich mit 25 Cent noch

unter dem Durchschnitt. Die von 21 Mitgliedstaaten, darunter Deutschland und Österreich, erhobenen Forderungen nach Futtermittelbeihilfen und weiteren Exporterstattungen sind von der Kommission nicht aufgegriffen worden. Kein Mitgliedstaat forderte eine Beibehaltung der auslaufenden Milchquotenregelung. Für das Milchwirtschaftsjahr 2009/2010 rechnet die Kommission mit einer in Bezug auf das Vorjahr gleich bleibenden Milchproduktion.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/09/st14/st14477.en09.pdf> (Quarterly Report)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st14/st14526.de09.pdf> (21 Staaten)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/09/484&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

### **Erste Genehmigungen für ländlichen Raum nach Konjunkturprogramm**

Die ersten Genehmigungen erhielten fünf Mitgliedstaaten, die aus dem Gesundheitscheck und beim Europäischen Konjunkturprogramm freigewordene Mittel in Höhe von insgesamt 244,5 Mio. EUR für die genannten Schwerpunktbereiche ausgeben werden: Österreich (97 Mio. EUR), Finnland (67 Mio. EUR), Zypern (2 Mio. EUR), Vereinigtes Königreich (Region Nordirland, 40,1 Mio. EUR) und Italien (Regionen Toskana und Sardinien, zusammen 38,3 Mio. EUR). Die für das Konjunkturprogramm zur Verfügung stehenden Mittel belaufen sich für die EU insgesamt auf 4,4 Mrd. EUR und müssen im Zeitraum 2009-2013 für Maßnahmen wie Breitbandversorgung oder Umstrukturierung des Milchsektors ausgegeben werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1568&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

[http://ec.europa.eu/agriculture/rurdev/countries/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/agriculture/rurdev/countries/index_en.htm)

## **c) Fischerei**

### **Einigung über Fischereikontrolle „von der Reling ins Regal“**

Die EU-Fischereiminister erzielten am 19.10. eine politische Einigung über eine Verordnung zur Überwachung der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP). Diese sieht effiziente Kontrollen auf jeder Stufe (auf See, im Hafen, beim Transport und bei der Vermarktung); die Einführung eines umfassenden Rückverfolgungssystems und abschreckende Sanktionen vor. Ferner soll bei wiederholten Verstößen nach einem Punktesystem die Fanglizenz entzogen werden. Mitgliedstaaten droht bei Nichteinhaltung von Vorschriften der GFP ein Entzug von EU-Hilfen. Anzumerken ist, dass die GFP nicht die Binnengewässer erfasst und dass die Freizeitfischerei vor den Küsten nur dann erfasst wird, wenn sie vom Boot aus erfolgt; bei signifikanten Auswirkungen auf geschützte Arten kann der Rat Beschränkungen beschließen.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/agricult/110614.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/110614.pdf) (Council Agriculture)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/08/st15/st15694.de08.pdf> (Vorschlag für Verordnung)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/08/st15/st15694-ad02.de08.pdf> (Folgenabschätzung)

### **Fangmöglichkeiten für Ostsee für 2010 festgelegt**

Die EU-Fischereiminister erzielten am 19.10. eine politische Einigung über eine Verordnung zur Festsetzung der Fangmöglichkeiten und zu Fangbedingungen für bestimmte Fischbestände und Bestandsgruppen in der Ostsee (2010). Diese sieht gegenüber dem Vorschlag der Kommission eine weniger starke Verringerung der Fänge bei Hering, Lachs und Sprotte in bestimmten Fanggebieten vor.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/agricult/110614.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/110614.pdf) (Council Agriculture)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st12/st12882.de09.pdf>

### **EU für Erhaltung des Roten Thuns im Atlantik**

Im Vorfeld des Jahrestreffens der internationalen Fischereiorganisation für den Thunfischfang im Atlantik (ICCAT) vom 06.-15.11. in Recife (Brasilien), bekräftigte die Kommission, unterstützt von den Thunfisch fangenden Mitgliedstaaten, dass die Fangmengen ab 2010 entsprechend den wissenschaftlichen Erkenntnissen reduziert werden müssen. Außerdem sei die Kontrolle zu verbessern, wobei Ländern bei Zuwiderhandlungen eine Quotenreduzierung drohen müsse.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/agricult/110614.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/110614.pdf) (Council Agriculture)  
<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/09/st14/st14495.en09.pdf>

### **EU für Schutz der Meeresressourcen in der Antarktis**

Der Rat fasste einen Beschluss über den Standpunkt der Gemeinschaft in der Kommission zur Erhaltung der lebenden Meeresschätze der Antarktis, wonach die Fangtätigkeit sich nach wissenschaftlichen Erkenntnissen über die Erhaltung zu richten habe und wonach wirksame Überwachungsmaßnahmen eingeführt werden sollen.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/agricult/110614.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/110614.pdf) (Council Agriculture)

## **V. Binnenmarkt und Steuern**

### **a) Binnenmarkt und Verbraucherschutz**

#### **Kommission skizziert Möglichkeiten für sichere Derivatemärkte**

Die Kommission hat eine Mitteilung dazu vorgelegt, mit welchen politischen Maßnahmen künftig die Transparenz der Derivatemärkte erhöht, das Ausfall- und operationelle Risiko beim Handel verringert und die Marktintegrität und -aufsicht verbessert werden sollen. Legislativvorschläge wird die Kommission 2010 vorlegen. Diese sollen mit der Erklärung der G-20 von Pittsburgh in Einklang stehen und von einer gründlichen Folgenabschätzung begleitet werden. Um jedes Risiko von Regulierungsarbitrage auszuschließen und weltweit kohärente politische Ansätze zu gewährleisten, sei die Kommission bereit, vor endgültigem Abschluss ihrer Legislativvorschläge mit Behörden aus aller Welt bei den technischen Details zusammenzuarbeiten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1546&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>  
[http://ec.europa.eu/internal\\_market/financial-markets/derivatives/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/internal_market/financial-markets/derivatives/index_en.htm)  
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/465&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

#### **Kommissionsvizepräsident Verheugen am 29.10. beim BdB in Berlin**

EU-Kommissionsvizepräsident Günter Verheugen, zuständig für Unternehmen und Industrie, nimmt an den Schönhauser Gesprächen des Bundesverbandes deutscher Banken teil. Er wird dort einen Vortrag zu der Frage "Globalisierung im Rückwärtsgang? Wie können wir die Märkte offen halten?" halten.

<http://www.medienkalender.de/termine/30903.php>

#### **Verbraucherkommissarin Kuneva eröffnet Masterprogramm an TU München**

EU-Verbraucherschutzkommissarin Meglena Kuneva wird am 29.10. an der feierlichen Eröffnung des Masterprogramms Consumer Affairs (EURECA) teilnehmen und eine Rede über die europäische Verbraucherpolitik halten.

<http://www.mca.wi.tum.de/de/feierliche-eroeffnung-des-masterprogramms-consumer-affairs-eureca>

### **b) Steuern**

#### **Kommission empfiehlt Verfahren für Quellensteuer-Erleichterungen**

Die Kommission hat eine Empfehlung angenommen, in der ausgeführt wird, wie die Mitgliedstaaten für in der EU ansässige Investoren die Gewährung einer Ermäßigung der Quellensteuer auf Erträge aus Dividenden, Zinsen und anderen Wertpapieren aus anderen Mitgliedstaaten erleichtern können. So sollen Quellensteuererleichterungen für Erträge aus Wertpapieren an der Quelle und nicht im Wege von Erstattungen angewandt werden. Sofern dies nicht möglich ist sollten standardisierte Erstattungsverfahren praktiziert werden. Die Mitgliedstaaten sollten bei der Formulierung der Anforderungen an den Nachweis des Anspruchs

auf Steuerermäßigung risikobezogen vorgehen. Unterlagen in elektronischer Form sollten anerkannt werden. Die Verwaltungszusammenarbeit sei zu verbessern.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1543&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/finances/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/internal_market/finances/index_de.htm)

[http://ec.europa.eu/taxation\\_customs/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/taxation_customs/index_de.htm)

### **Staatlich festgelegte Mindestpreise für Tabakerzeugnisse abgelehnt**

In ihren Schlussanträgen vor dem Europäischen Gerichtshof schlug Generalanwältin Kokott dem Europäischen Gerichtshof vor, den Klagen der Kommission gegen **Österreich**, Frankreich und Irland statt zu geben, da die drei Mitgliedstaaten durch die Festsetzung von Mindestpreisen von Tabakwaren gegen die EG-Richtlinie 95/59 über die anderen Verbrauchsteuern auf Tabakwaren als die Umsatzsteuer verstoßen hätten. Es bestehe kein Anlass zu einer Änderung der bisherigen Rechtsprechung, da die Richtlinie explizit die freie Bestimmung der Kleinverkaufshöchstpreise vorsehe. Der Gesundheitsschutz rechtfertige keine Wettbewerb und Binnenmarkt beeinträchtigenden Mindestpreise, sondern lasse sich im Wege der Besteuerung verfolgen

[http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher\\$docrequire=alldocs&numaff=C-198/08](http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher$docrequire=alldocs&numaff=C-198/08)

### **Besteuerungsregeln für Fusionen und Spaltungen kodifiziert**

Der Rat verabschiedete eine Richtlinie über das gemeinsame Steuersystem für Fusionen, Spaltungen, Abspaltungen, die Einbringung von Unternehmensteilen und den Austausch von Anteilen, die Gesellschaften verschiedener Mitgliedstaaten betreffen, sowie für die Verlegung des Sitzes einer Europäischen Gesellschaft oder einer Europäischen Genossenschaft von einem Mitgliedstaat in einen anderen Mitgliedstaat (kodifizierte Fassung).

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st12/st12818.de09.pdf>

### **Regeln über Mehrwertsteuerbefreiungen bestimmter Einfuhren kodifiziert**

Der Rat verabschiedete eine Richtlinie zur Festlegung des Anwendungsbereichs von Artikel 143 Buchstaben b und c der Richtlinie 2006/112/EG hinsichtlich der Mehrwertsteuerbefreiung bestimmter endgültiger Einfuhren von Gegenständen (kodifizierte Fassung).

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st12/st12820.de09.pdf>

## **VI. Wirtschaft und Finanzen**

### **a) Wirtschaft und Energie**

#### **EU27 mit Leistungsbilanzdefizit von 49,2 Mrd. Euro im 2. Quartal 2009**

Nach den jüngsten Revisionen verzeichnete die EU27 2 im zweiten Quartal 2009 ein Leistungsbilanzdefizit von 49,2 Mrd. Euro, gegenüber einem Defizit von 76,3 Mrd. im zweiten Quartal 2008 und einem Defizit von 54,6 Mrd. im ersten Quartal 2009. Im zweiten Quartal 2009 nahm das Defizit beim Saldo des Warenhandels im Vergleich mit dem zweiten Quartal 2008 ab (-17,2 Mrd. gegenüber -47,5 Mrd.), sowie das Defizit bei der Einkommensbilanz (-37,4 Mrd. gegenüber -40,8 Mrd.). Der Überschuss bei der Dienstleistungsbilanz fiel (+17,5 Mrd. Euro gegenüber +22,6 Mrd.) und das Defizit bei den laufenden Übertragungen stieg an (-12,1 Mrd. gegenüber -10,5 Mrd.).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/09/150&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

#### **Veröffentlichung der Wirtschaftsprognose Herbst 2009 am 03.11.**

Die Europäische Kommission veröffentlicht ihre aktuelle Wirtschaftsprognose für den Zeitraum 2009-2011, die Inflationsentwicklung, Wirtschaftswachstum und Beschäftigungslage der 27-EU-Mitgliedstaaten und der Anrainerstaaten beinhaltet.

[http://ec.europa.eu/economy\\_finance/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/economy_finance/index_en.htm)

### **Electrabel kann bestimmte Kraftwerke und Strombezüge von E.ON erwerben**

Die Kommission hat das Vorhaben der belgischen Electrabel S.A./N.V. genehmigt, von der deutschen E.ON AG bestimmte Kraftwerke und Strombezüge (d. h. den Anspruch auf die Bereitstellung garantierter Strommengen) aus bestimmten Stromerzeugungskapazitäten in Deutschland zu erwerben.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1536&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

[http://ec.europa.eu/competition/mergers/cases/index/m110.html#m\\_5512](http://ec.europa.eu/competition/mergers/cases/index/m110.html#m_5512)

## **b) Finanzen**

### **EU-Finanzminister einig über Ausstiegsstrategie für Krisenmaßnahmen**

In ihrer Vorlage für den Europäischen Rat am 29./30.10. sprachen sich die Minister für eine koordinierte Aufgabe der Konjunkturmaßnahmen aus, sobald die Kommission bestätigt, dass der Wirtschaftsaufschwung sich unabhängig von diesen Maßnahmen trägt. Darüber hinaus müssten die meisten Mitgliedstaaten spätestens 2011 ihre Haushaltsdefizite um mindestens 0.5% des Bruttoinlandsprodukts verringern, einige auch schon davor. Diese Elemente sollten sich in den bis Ende Januar 2010 an die Kommission zu übermittelnden Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen der Mitgliedstaaten aufgegriffen werden.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/ecofin/110622.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/110622.pdf) (Council Ecofin)

### **EU-Finanzminister einigen sich auf Fahrplan für Finanzmarktstabilität**

Der Rat Ecofin verabschiedete am 20.10. Schlussfolgerungen in denen er sich bis Dezember 2009 für die Schaffung einer koordinierten Finanzmarktaufsicht nach dem de-Larosière-Bericht aussprach. Bis Ende des Jahres müssten sich die Ausschüsse für die Aufsicht über Banken und Versicherungen auf eine Methodologie zur Risikobeurteilung einigen. Weitere Themen sind Änderungen der internationalen Rechnungslegungsstandards, Stärkung des Eigenkapitals der Banken, Standards für Kreditratingagenturen, mehr Sicherheit beim Derivatehandel, Erfassung aller noch nicht regulierten Finanzinstrumente wie Hedgefonds, mehr Verbraucherschutz, Anpassung der Vergütungssysteme von Bankmanagern und Maßnahmen gegen Steuerparadiese. <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st14/st14239.de09.pdf>

### **Deutschland kann weiterhin Mehrwertsteuer-Vorabzug beschränken**

Die EU-Finanzminister ermächtigten die Bundesrepublik, abweichend von Artikel 168 Absatz 2 der Richtlinie 2006/112/EWG die anfallende Mehrwertsteuer auf Gegenstände und Dienstleistungen, die zu mehr als 90 % für private Zwecke des Steuerpflichtigen oder seines Personals oder allgemein für unternehmensfremde Zwecke genutzt werden, vollständig vom Recht auf Vorsteuerabzug auszuschließen. Diese Entscheidung gilt vom 1. Januar 2010 bis 31. Dezember 2012.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st13/st13502.de09.pdf>

### **Europäisches Parlament für größeren EU-Haushalt**

In erster Lesung forderte das EP fordert 1,5 Milliarden Euro für die Finanzierung des EU-Konjunkturprogramms und 300 Millionen Euro für den neuen Milchfonds. Die Abgeordneten wollen den gesamten Haushaltsentwurf des Rates um 7 Milliarden Euro (in Zahlungen) auf 127,5 Milliarden Euro aufstocken. Sie fordern auch eine Anhebung der Verpflichtungen um 3,8 Milliarden Euro auf 141,7 Milliarden Euro. Die zweite Lesung im Rat ist für den 19.11. vorgesehen und die zweite Lesung im EP für das Plenum im Dezember.

[http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress\\_page/034-62944-292-10-43-905-20091021IPR62941-19-10-2009-2009-false/default\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/034-62944-292-10-43-905-20091021IPR62941-19-10-2009-2009-false/default_de.htm)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2009-0052+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2009-0051+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

### **Kommission prüft Rettungspaket für die HSH Nordbank AG**

Die Kommission wird die von den Ländern Hamburg und Schleswig-Holstein zur Rettung der HSH Nordbank AG ergriffenen Maßnahmen in Form eines Risikoschirms von 10 Mrd. EUR und einer Kapitalzufuhr von 3 Mrd. EUR eingehend untersuchen. Nach derzeitigem Informationsstand hat die Kommission Zweifel daran, ob die Maßnahmen mit der Mitteilung über die Behandlung wertgeminderter Aktiva vereinbar sind. Fraglich sei insbesondere ob die abgesicherten Vermögenswerte ordnungsgemäß auf ihre Entlastungsfähigkeit geprüft und bewertet wurden und ob die Länder eine angemessene Vergütung für den Risikoschirm erhalten. Außerdem muss die Kommission prüfen, ob die Maßnahmen die Wiederherstellung der langfristigen Rentabilität der Bank gewährleisten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1577&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

## **VII. Justiz und Inneres**

### **Mindeststandards für Beschuldigte im Strafverfahren**

Die EU-Justizminister einigten sich am 23.10. auf ein Paket zur Stärkung der Rechte von Beschuldigten. Zugleich haben sie sich auf einen ersten Schritt zur Umsetzung dieses Fahrplans und einen Rahmenbeschluss verständigt, der das Recht auf Übersetzung und Verdolmetschung in Strafverfahren garantiert. Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, bei allen Vernehmungen, z. B. auf der Polizeiwache oder vor einem Staatsanwalt oder Richter, einen Dolmetscher auf Kosten des Staates zur Verfügung zu stellen; auch entsprechende Verteidigergespräche werden gedolmetscht. Darüber hinaus erhält der Beschuldigte eine Übersetzung der wesentlichen Unterlagen, wie z. B. des Haftbefehls oder der Anklageschrift.

[http://www.bmj.bund.de/enid/49dbf814ba8feae681f9dd363e5668fd,909a41706d635f6964092d0936323635093a0979656172092d0932303039093a096d6f6e7468092d093130093a095f7472636964092d0936323635/Pressestelle/Pressemitteilungen\\_58.html](http://www.bmj.bund.de/enid/49dbf814ba8feae681f9dd363e5668fd,909a41706d635f6964092d0936323635093a0979656172092d0932303039093a096d6f6e7468092d093130093a095f7472636964092d0936323635/Pressestelle/Pressemitteilungen_58.html)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st14/st14552-re01.de09.pdf>

### **Rahmenbeschluss zur Anerkennung von Überwachungsmaßnahmen**

Der Rat verabschiedete den Rahmenbeschluss über die Anwendung – zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union – des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Entscheidungen über Überwachungsmaßnahmen als Alternative zur Untersuchungshaft.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/jha/110759.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/110759.pdf) (Council Justice)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/08/st17/st17506.de08.pdf>

### **Rahmenbeschluss zur Verhütung von Menschenhandel vor Abschluss**

Der Rat erörterte den Vorschlag für einen Rahmenbeschluss zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz von Opfern sowie zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2002/629/JI. Dieser sieht abschreckende Sanktionen vor sowie die Möglichkeit, auch Verbrechen von EU-Bürgern außerhalb der EU zu bestrafen. Außerdem sollen Opfer welche mit den Strafverfolgungsbehörden kooperieren Vergünstigungen erhalten. Eine politische Einigung soll auf der nächsten Tagung des Rates Justiz und innere Angelegenheiten am 30.11./01.12. erzielt werden.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/jha/110759.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/110759.pdf) (Council Justice)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st08/st08151.de09.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st08/st08151-co02.de09.pdf>

### **Asylverfahren in der EU soll stärker vereinheitlicht werden**

Die Kommission hat am 21.10. Vorschläge zur Änderung der Richtlinien über (i) die Anerkennung und den Status von Personen, die internationalen Schutz benötigen, und über (ii) das Asylverfahren angenommen. Die Anerkennungsrichtlinie soll auch auf Personen, die subsidiären Schutz beantragen, ausgedehnt werden. Ausnahmeregeln bei der Anerkennung entfallen.

Kostenlose Rechtsberatung ist bereits im Verfahren und nicht erst vor Gericht (so in Deutschland) zu gewähren. Prozesskostenhilfe hängt nicht von hinreichenden Erfolgsaussichten ab. Erstinstanzliche Verfahren sollen innerhalb von sechs Monaten abgeschlossen werden. Die Begriffe "sicherer Herkunftsstaat", die Pflicht der Asylbewerber zur Zusammenarbeit mit den einzelstaatlichen Behörden und das beschleunigte Verfahren werden genauer geregelt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1552&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>

[http://www.ec.europa.eu/commission\\_barroso/barrot/welcome/default\\_de.htm](http://www.ec.europa.eu/commission_barroso/barrot/welcome/default_de.htm)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/472&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=fr>

### **Kinder von Wanderarbeitern haben eigenständiges Aufenthaltsrecht**

Nach Ansicht von Generalanwältin Kokott verleiht die EG-Verordnung über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer (VO Nr. 1612/68, Artikel 12) dem Kind zwar nicht das Recht auf erstmaligen Aufenthalt, sondern setzt voraus, dass es bereits zuvor als Familienmitglied eines Wanderarbeitnehmers seinen Wohnsitz in dem Aufnahmemitgliedstaat begründet hat. Sei dies jedoch der Fall, so gewähre diese Vorschrift dem Kind zu Ausbildungszwecken ein verselbständigtes, eigenständiges Aufenthaltsrecht. Dem Elternteil, der die Personensorge für das Kind tatsächlich wahrnimmt, steht ein abgeleitetes Aufenthaltsrecht zu, das nicht von ausreichenden Existenzmitteln und einem umfassenden Krankenversicherungsschutz abhängt. Generalanwalt Ján Mazák kam in einem ähnlich gelagerten Fall zum selben Ergebnis.

[http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher\\$docrequire=alldocs&numaff=C-480/08](http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher$docrequire=alldocs&numaff=C-480/08) (Kokott)

[http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher\\$docrequire=alldocs&numaff=C-310/08](http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher$docrequire=alldocs&numaff=C-310/08) (Mázák)

## **VIII. Umwelt und Verkehr**

### **a) Umwelt**

#### **EU beschließt Verhandlungsmandat für UNO-Klimakonferenz am 07.-18.12.**

Die EU-Umweltminister einigten sich am 21.10. für die Kopenhagener Konferenz erstmals auf ein globales Treibhausgas-Reduktionsziel von mindestens 50% bis 2050 verglichen mit 1990; die Industrieländer sollten ihre Emissionen um 25 bis 40% bis 2020 und um 80 bis 95% bis 2050 senken. In den Entwicklungsländern sollten die Reduktionen bis 2020 15-30% erreichen. Die internationale Luftfahrt müsse ihre Emissionen um 10% und die Seeschifffahrt um 20 % senken, jeweils bis 2020 und verglichen mit 2005. Offen blieb die Frage der bisher nicht genutzten Verschmutzungsrechte nach dem Kyoto-Abkommen. Osteuropäische Länder bestehen auf einer Fortgeltung nach 2012. Keine Einigung gab es auch über die Finanzhilfen für die Entwicklungsländer. Insbesondere Polen verhinderte bereits beim Treffen der Finanzminister am 20.10. eine Festlegung. Nunmehr soll der Europäische Rat am 29./30.10. eine Lösung finden.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/09/st14/st14790.en09.pdf>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1561&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

### **b) Verkehr**

#### **EU investiert 500 Mio. EUR als erste Tranche von TEN-T-Projekten**

Im Rahmen des Programms für Transeuropäische Verkehrsnetze (TEN-T) kommen 500 Mio. EUR Projekten in Österreich, Belgien, Deutschland, Spanien, Frankreich, Ungarn, Italien, den Niederlanden, Portugal, Schweden und Großbritannien zugute. Eine zweite Tranche soll noch vor Jahresende folgen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1558&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

[http://ec.europa.eu/transport/infrastructure/events/2009\\_10\\_21\\_naples\\_en.htm](http://ec.europa.eu/transport/infrastructure/events/2009_10_21_naples_en.htm)

### **EU will Verkehrszusammenarbeit mit Afrika ausbauen**

Die Europäische Kommission wird gemeinsam mit ihren afrikanischen Partnern einen Aktionsplan erstellen, der Möglichkeiten aufzeigen soll, wie die Verkehrsverbindungen zwischen den beiden Kontinenten fortlaufend verbessert und ausgebaut werden können. Der Aktionsplan wurde am 22.10. beim Verkehrsforum Europa-Afrika im Rahmen der „TEN-V-Tage“ angekündigt, einer Konferenz, die am 21. und 22. Oktober in Neapel stattfand.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1560&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>  
<https://www.ten-t-days-2009-naples.eu/>

## **IX. Medien und Informationsgesellschaft**

### **EU-Kommission will Online-Handel erleichtern**

Gestützt auf eine Studie, wonach in der EU, aber auch in Deutschland etwa 60% der Online-Bestellungen in anderen Ländern abgelehnt worden sind (nur in Österreich und Spanien weniger als 50%), legt die Kommission eine Strategie zur Beseitigung der Hindernisse für den grenzüberschreitenden Online-Handel vor. Handlungsbedarf bestehe vor allem (i) bei der Schaffung einer einheitlichen Regelung für die europäischen Verbraucher wie dem Vorschlag für eine Richtlinie über Verbraucherrechte, (ii) bei der verstärkten grenzüberschreitenden Durchsetzung durch koordinierte Maßnahmen wie etwa systematischen Testaktionen im Internet und (iii) bei der Vereinfachung der Vorschriften für den grenzüberschreitenden Einzelhandel, z. B. in den Bereichen Mehrwertsteuer, Recyclingkosten und Urheberrechtsabgaben.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1564&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>  
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/475&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>  
[http://ec.europa.eu/consumers/strategy/facts\\_en.htm#E-commerce](http://ec.europa.eu/consumers/strategy/facts_en.htm#E-commerce)

### **EU-Kommission will Bücherdigitalisierung vorantreiben**

Die Kommission hat am 19.10. eine Mitteilung über Urheberrechte in der wissensbestimmten Wirtschaft vorgelegt, die darauf abzielt, die kulturellen und rechtlichen Herausforderungen der massenhaften Digitalisierung und Verbreitung von Büchern, insbesondere von europäischen Bibliotheksbeständen, zu bewältigen. Die Mitteilung wurde von den Kommissionsmitgliedern Charlie McCreevy und Viviane Reding gemeinsam verfasst. Digitale Bibliotheken, wie z. B. Europeana (<http://www.europeana.eu>), bieten Forschern und Verbrauchern in ganz Europa neue Möglichkeiten, sich Informationen zu beschaffen. Dazu ist EU-weit jedoch zunächst die Frage der so genannten „verwaisten Werke“ zu klären, von denen viele aufgrund ihres unsicheren Urheberrechtsstatus nicht digitalisiert werden können.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1544&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>  
[http://ec.europa.eu/internal\\_market/copyright/copyright-infso/copyright-infso\\_de.htm](http://ec.europa.eu/internal_market/copyright/copyright-infso/copyright-infso_de.htm)  
[http://ec.europa.eu/information\\_society/newsroom/cf/itemlongdetail.cfm?item\\_id=5332](http://ec.europa.eu/information_society/newsroom/cf/itemlongdetail.cfm?item_id=5332)